

Franz Witsch

Erzeugt der Kapitalismus das Flüchtlingsproblem?

Vortrag auf der Jahrestagung der NGfP (Neue Gesellschaft für Psychologie) in Berlin vom 03. bis 06. März 2016

Thema des Kongresses:

Migration und Rassismus. Politik der Menschenfeindlichkeit gegen Flüchtlinge.

1. Beschreibung der sozialen Konfliktlage

Ich möchte die Frage diskutieren, ob der Kapitalismus das Flüchtlingsproblem und eine damit einhergehende Verschärfung sozialer Konflikte erzeugt. Dass sie sich verschärfen werden, ist wahrscheinlich. Zu dieser Einschätzung bin ich vor einem Jahr in einem Vortrag an dieser Stelle gekommen – indes etwas anders formuliert, nämlich dass die »Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen« Fahrt aufnimmt; und in Verbindung damit die »Auflösung mentaler Strukturen« (vgl. Witsch, 2016, 2015b).

Die Folge sei ein unzurechnungsfähiges Subjekt, das immer weniger in der Lage sei, soziale und ökonomische Strukturen kritisch zu reflektieren. Uns drohe eine verlorene Generation: angepasst, entpolitisiert, unfähig, einer Rechtsradikalisierung sozialer Strukturen auch nur das Geringste entgegenzusetzen.

Es ist bemerkenswert, wie hilflos die EU gegen die Rechtsentwicklung ganzer Länder, siehe Polen, agiert. Vergleichbares gilt für die radikalmuslimische Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan. Ein Deal mit ihm wird das Flüchtlingsproblem nicht entschärfen. Im Gegenteil: Die »Türkei schickt seit Wochen Flüchtlinge zurück nach Syrien« (DWN, 2016/04/01). Der Deal zeugt seitens der Bundesregierung nicht gerade von einem in sich stimmigen Handlungskonzept auf der Basis einer tiefgreifenden Analyse sozial-ökonomischer Strukturen sowie politischer Beziehungen.

Man stellt generell immer wieder fest: Anstatt tiefgreifender zu analysieren, um begründet und nachvollziehbar zu handeln, reagieren Politiker auf politisch gefährliche Situationen mit so nichtssagenden wie folgenlosen Sprüchen. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz beklagt eine »gefährliche Putinisierung europäischer Politik« (Welt.de, 2016/01/10), die EVP-Abgeordnete Viviane Reding eine »Putin-Orban-Kaczynski-Logik« (Arbeit&Wirtschaft, 2016/01/20).

Doch was nützen noch so einfallsreiche Redewendungen ohne gründliche Analyse fragiler sozialer Strukturen und politischer Beziehungen, was regelmäßig zu verheerenden Handlungskonsequenzen führt und Strukturen weiter verschlimmert. In der Ukraine setzen Rechtsnationalisten seit Jahren auf Gewalt, an friedlichen Lösungen nicht interessiert, nicht integrierbar. Dennoch werden sie von der – fast möchte man meinen: wahrnehmungsgestörten – Regierung Merkel unterstützt.

Kurz: man beklagt, was man selbst verursacht – eine auseinanderfallende Union. Bei Polen und den baltischen Staaten drängt sich in der Tat der Eindruck auf, dass sie eine andere EU wollen, hörig gegenüber Nato und USA, um sie gegen Russland militärisch zu instrumentalisieren. Ja und was eigentlich hat ein politischer Gewalttäter wie Erdogan in der EU zu suchen?

Integration geht nur ohne Gewalt. Das bedeutet, gewaltbereite Länder wie Türkei, Polen oder Ungarn müssen zunächst allein, ohne EU, mit sich zu recht kommen. Sie müssen, weil kaum ansprechbar, aus sich selbst heraus eine Entgiftung von einem aggressiv-autoritären Rechtsnationalismus oder, im Hinblick auf die Türkei, einem gewaltbereiten Islam vornehmen. Jedenfalls verdichten sich die Anzeichen, dass man sie dazu innerhalb der EU nicht wird bewegen können. Die Merkel-Regierung möchte das auch nicht.

Um das Maß vollzumachen, fordert Erdogan außerdem, dass sich die deutsche veröffentlichte Meinung seinen Vorstellungen von Pressefreiheit unterordnet. Dazu heißt es in den DWN u.a.: »Westliche Diplomaten haben in der Türkei derzeit einen schweren Stand. Als mehrere von ihnen (...) die Eröffnung des Prozesses gegen die Journalisten Can Dündar und Erdem Gül beobachten, bedachte sie Erdogan mit einem Zornesausbruch: „Was denkt ihr denn, wer ihr seid? Was habt ihr da zu schaffen?“ fuhr er die Diplomaten in einer Rede an« (DWN, 2016/03/30).

Die Diplomaten wollten, heißt es im selben Artikel, mit ihrer Anwesenheit »ein deutliches Zeichen gegen den wachsenden Druck auf regierungsunabhängige oder regierungskritische Berichtersteller in der Türkei« setzen. »Erdogan will darin einen feindseligen Akt beobachtet haben«.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung über das Auswärtige Amt mitteilen ließ, »dass die Presse- und Meinungsfreiheit ‚nicht verhandelbar‘ sei« (Zeit.de, 2016/03/30), zeigt indes überdeutlich, dass sie weiß, wessen Geistes Kind die Türkei unter Erdogan ist, und was man daher von ihr zu erwarten hat: Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sie an einer Lösung des Flüchtlingsproblems nicht interessiert ist; die Bundesregierung allerdings auch nicht, wenn sie glaubt, es zusammen mit der Türkei lösen zu können.

Anstatt sich unangenehmer Wahrheiten zu stellen, politische Akzente zu setzen (bis hierhin und nicht weiter!), reagiert die Bundesregierung kleinlaut, oder sie redet um den heißen Brei herum. Nicht zuletzt deshalb gibt es immer mehr politische Baustellen, die der Politik – für immer mehr Bürger sichtbar – hoffnungslos über den Kopf wachsen. Das trifft auch auf soziale Konflikte zu, die das Flüchtlingsproblem mit sich bringt. Es wird sich – mit oder ohne Erdogan – weiter zuspitzen, dazu beitragen, dass sich soziale Konflikte verschärfen.

Dabei ist das Flüchtlingsproblem nur eine Baustelle von vielen, die sich gegenseitig verstärken, ohne allerdings insgesamt gesehen die tiefere Ursache wachsender Gewalt darzustellen. Von tieferen Ursachen muss gleich die Rede sein, um zu ergründen, weshalb bestimmte Lösungen, schärfere Gesetze oder ein restriktiveres Asylrecht, nichts bringen. Es sind Scheinlösungen, die dazu beitragen, dass immer mehr Bürger ihre schlechten Gefühle abreagieren, zumeist an Schwächeren.

Indes lenken Wut und Gewalt am Sündenbock wiederum von der Einbeziehung tieferen Ursachen ab, so dass man nicht in Verlegenheit kommt, eine sorgfältige Analyse in ganzheitlicher Sicht und nicht nur eine solche des Stückwerks vorzunehmen.

Ohne ganzheitliche Sicht, die das Innenleben – *mentale* Strukturen – sowie *äußere* soziale Strukturen einbezieht, müssen wir einmal mehr – wie vor

dem Ersten Weltkrieg – befürchten, in einen Abgrund zu »schlafwandeln«¹. Denn heute wie damals gilt: wachsende Gewalt führt in den Abgrund und ist überdies mit sozialverträglicher *Integration* auf Basis gründlicher Analysen unvereinbar. Dennoch ist in politischen Debatten von *Integration* unentwegt die Rede, ohne allerdings plausibel zu machen, wie Analysen und Integration in einem sozialen Kontext wachsender Gewalt gelingen sollen.

Man gibt ja zu, dass der Westen Fehler gemacht habe, das dürfe aber Terror nicht legitimieren. Den könne man leider nur mit Gewalt bekämpfen, weil er eine andere Sprache nicht verstehe, so Obama in einer Rede vor der UN-Vollversammlung: »Die einzige Sprache, die diese Killer verstehen, ist Gewalt« (RP-Online, 2014/09/24).

Nur werden seit Jahrzehnten immer dieselben Fehler gemacht, ohne dass der Westen jemals etwas dazugelernt hätte. Vielleicht weil es nicht nur um *einfache* Fehler geht, die mal eben so – *zufällig* – passieren. Es ist schlimmer: die Fehler werden systematisch erzeugt und exekutiert. Und zwar weil sie eingelassen sind in einen umfassenden sozial-ökonomischen Kontext, von dem sich die Politik – umfassende Ursachen exekutierend – steuern lässt, und der deshalb insgesamt in die Analyse einbezogen werden muss.

Das Gegenteil passiert in allen politischen Debatten und Beiträgen, die ausnahmslos auf schnelle bzw. Scheinlösungen, Abreaktionen, fixiert sind. Sie sind auf geradezu gespenstische Weise herausgelöst aus einer Analyse umfassender Ursachenzusammenhänge.

Zwar plädiert man für eine Beseitigung der Ursachen wachsender Flüchtlingsströme, nur eben ohne zureichenden Ursachen-Begriff, zumal wenn dieser sich ganzheitlich gegen das herrschende ökonomische System richtet; als sei es alternativlos.

Das ist *logisch* nicht haltbar: Ohne Systemalternative gibt es kein in sich schlüssiges Konzept, soziale Konflikte kommunikativ zu verarbeiten – nicht zuletzt um das Flüchtlingsproblem zu entschärfen, zumindest solange unsere Eliten in Wissenschaft und Politik mental überfordert sind, in Systemalternativen zu denken, geschweige denn, sie zu diskutieren.

Der einfache Bürger ist nicht weniger überfordert. Er fühlt sich von der veröffentlichten Meinung im Stich gelassen, zumal von ihr schichtübergreifend gegen seinen Willen durch das Flüchtlingsproblem in die Überforderung einbezogen, aus seinem apolitischen Dornröschen-Schlaf herausgeholt, zur Stellungnahme genötigt, freilich ohne die Fähigkeit zur ganzheitlichen Analyse und deshalb auf immer rechtsradikalere Abreaktionen (gegen Schwächere) gepolt. Zwar auch wütend gegen Merkel, aber nur weil sie Flüchtlinge mit Allgemeinplätzen wie *Wir schaffen das* in Schutz nimmt.

Auch Worte wie *Willkommenskultur* und *Zivilgesellschaft* sind leere Wort-hülsen, nicht selten esoterisch motiviert (vgl. Witsch, 2015c, S. 65, 69), mit tieferer Analyse unvereinbar. Dafür spiegeln sie eine humane Einstellung derer vor, die sie verwenden. Sie sagen zwischen den Zeilen, dass das herrschende ökonomische System eigentlich in Ordnung sei, wenn wir nur humaner und guten Willens wären. Sie machen vergessen, dass die Politik seit

¹Der Begriff verweist auf ein Sachbuch des Historikers Christopher Clark: »Die Schlafwandler – Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog«.

zwanzig Jahren moralische Probleme vor sich her schiebt, sodass sie sich mittlerweile riesig vor uns aufbauen, z.B. Parallelgesellschaften, No-Go-areas (Tagesspiegel, 2016/04/05) – mit eigenen Rechtsstrukturen, privater Rechtsprechung, zuweilen massiv frauenfeindlich, während öffentliches Recht bis hin zum Grundgesetz verachtet wird. Das legt der Bericht der Bochumer Polizistin Tania Kambouri nahe. Sie habe »einen ernüchternden Bericht aus dem rechts- und kontrollfreien Raum vorgelegt (...) Patriarchalische Strukturen stehen über dem Grundgesetz. Die Polizei hat größte Mühe, sich durchzusetzen« (DWN, 2015/10/07).

Denkt man ihren Bericht zu Ende, könnte es absehbar sein, dass eine signifikante Minderheit von Flüchtlingen sich in brutalen mafiotischen Strukturen integrieren wird; schon weil es seit Jahrzehnten eine zureichende Integration nicht gegeben hat und sehr oft nicht ohne weiteres nachholbar ist. Wir sind ja nicht einmal fähig, uns selbst zu integrieren; Hunderttausende von Obdachlosen mit Wohnungen zu versorgen (Butterwegge, 2015); Millionen von Hartz-IV-Abhängigen menschenwürdig zu behandeln. Wie soll das plötzlich mit Millionen von Flüchtlingen klappen?

Zu meinen, dass Kriminalität und Terror mit den Flüchtlingsströmen steigen oder dass Flüchtlinge, Terror und Kriege zusammen gehören, bedeutet daher auch keineswegs, Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. Tatsächlich will man nur, dass wir aus angeblich humanen Gründen augenfällige Zusammenhänge ignorieren; z.B. übersehen, dass hohe muslimische Vertreter Zwangsverheiratungen nicht massiv ächten. Obwohl das einer Vergewaltigung in der Ehe gleichkommt.

Wir haben es hier mit einer weit verbreiteten Gewalt-Mentalität zu tun, die es einer inner-muslimischen Debatte nicht leicht macht (vgl. Hassani, 2007, S. 332-347). Und es steht zu befürchten, dass diese Mentalität auf viele Flüchtlinge v.a. muslimischer Herkunft zutrifft; was natürlich kein Grund sein darf, Flüchtlingen Asyl zu verweigern. Selbst dann nicht, wenn sie straffällig werden, nicht nur, weil wir selbst schuld sind: der Westen Fluchtursachen – v.a. Kriege – in ihren Herkunftsländern angezettelt hat.² Wir müssen sie alle retten, wohl wissend, dass es unter den herrschenden Strukturen sehr wahrscheinlich nicht menschenwürdig möglich ist.

Genau deshalb müssen wir uns mit den sozial-ökonomischen Strukturen auseinandersetzen; nicht gerade eine Stärke unserer politischen und wissenschaftlichen Eliten. Sie verdrängen, was das Zeug hält. Das wiederum ist sehr wahrscheinlich kein Zufall, sondern systembedingt, d.h. es hat mit unserem Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus, zu tun. Aber unabhängig davon, in welcher Wirtschaftsformation wir leben, gilt: Integrieren wir Flüchtlinge nicht zureichend, tun sie es auf ihre Weise – nicht selten indem sie kriminelle Banden bilden.

Flüchtlinge neigen dazu mehr als Deutsche, weil bei ihnen Familienehre und Stolz und ein daran gebundener Zusammenhalt viel mehr gelten als bei

²Der Westen ist sich dessen sehr wohl bewusst, dass seine angezettelten Kriege gut begründet als kriminelle Akte aufgefasst werden können: Obama hat »sich vor Monaten bereits gegen die CIA und die Neocons gestellt und deren Idee, andere Staaten mit Söldnern zu destabilisieren, als gescheitert bezeichnet« (DWN, 2016/03/31). Ergänzend (DWN, 2015/10/12).

Deutschen. Deshalb sind sie in der Lage, in großen Banden zu agieren, so dass eine Durchsetzung des Rechts kaum oder doch nur mit immer mehr polizeilichem Aufwand möglich ist (vgl. DWN, 2015/10/07).

Das wiederum steigert die Wut vieler Bürger. Nur dass Abreaktionen das Denkvermögen beeinträchtigen. Schnell wird unterschlagen, dass der Westen die Flüchtlinge mit seinen angezettelten Kriegen zu uns treibt, die er mit den Diktaturen oder massiven Menschenrechtsverletzungen in ihren Herkunftsländern rechtfertigt. Dabei liegt es auf der Hand, dass Diktaturen nicht unerheblich von der Gewalt-Mentalität ihrer Bewohner getragen werden; so wie die rechtslastige polnische Regierung auf der Basis einer rechtslastigen Mehrheit polnischer Bürger existiert.

Richtig ist aber auch, dass staatliche Strukturen anderer Länder uneingeschränkt respektiert werden müssen, ohne deshalb mit Kritik an ihnen zu sparen. Es ist allerdings brandgefährlich, soziale und staatliche Strukturen, selbst wenn sie gegen eigene Bürger gewalttätig sind, von außen zu destabilisieren, z.B. indem man Kriege anzettelt (vgl. Anm. 2). Soziale und staatliche Strukturen müssen sich von innen her ändern, getrennt und unabhängig von sogenannten Demokratien.

Allerdings ist auch richtig, dass die Gewalt in Deutschland zunimmt. Dennoch müssen wir klar sehen, dass eine signifikante Minderheit von Flüchtlingen mit frauenverachtender oder Gewalt-Mentalität ausreicht, um in Deutschland bürgerkriegsähnliche Zustände hervorzurufen.

2. Abreaktionen anstatt Ursachenanalyse

So viel zur Beschreibung der sozialen Konfliktlage. Sie mag zum großen Teil durch das Flüchtlingsproblem geprägt sein, ist aber eigentlich Ausdruck für tiefer liegende ökonomische Konflikte; ich möchte den Akzent auf einen grundlegenden Konflikt legen, den Marx im *Kapital* herausgearbeitet hat: den zwischen Kapital und Arbeit. Dabei spielt der Mehrwert-Begriff eine zentrale Rolle. Dieser bedarf allerdings einer Neu-Interpretation im Hinblick auf einen Kapitalismus, der heute unübersehbar seinen Zenit überschritten hat – mit der Folge, dass soziale Konflikte sich immer massiver verschärfen (vgl. Witsch, 2009, S. 86-128, 2012, S. 45-109, 205-208, 2015a, S. 22-37).

Das Problem ist, dass fast alle Analysen implizit voraussetzen, dass im Kapitalismus die von ihm selbst erzeugten sozialen Konflikte nachhaltig verarbeitet und gelöst werden können.

Und doch spürt der Bürger, dass soziale Konflikte sich unvermeidlich verschärfen, ohne freilich in der Lage zu sein, die Ursachen dafür in der kapitalistischen Produktionsweise auszumachen. Der Bürger regt sich über ihre Folgen auf, reagiert sich aber nur ab, zumeist – aber nicht nur, wie wir gleich sehen werden – an Sündenböcken, unfähig zu gewahren, dass der Kapitalismus aus sich heraus eine sozialverträgliche Austragung von Konflikten immer unmöglicher macht – eben weil wir es mit einem grundlegenden Problem unserer Wirtschaftsordnung zu tun haben: wie gesagt, mit einem von Marx diagnostizierten Mehrwertproblem in der Produktion.

Anstatt nun mit mithilfe des Mehrwertbegriffs einer ganzheitlichen Analyse näher zu kommen, neigen Bürger schichtübergreifend dazu, schlechte

Gefühle abzureagieren, mehr oder weniger offen brutal, unfähig zu erkennen, dass das Mehrwertproblem und die auf ihm basierende Kapitalverwertung für die Verschärfung sozialer Konflikte primär verantwortlich ist, nicht Finanzhaie und Heuschrecken, auch wenn sie, anstatt tiefergehend zu analysieren, die Krise für ihre Zwecke versuchen zu nutzen und damit die Krise auf die Spitze treiben, zur Monsterkrise anschwellen lassen (Witsch, 2009, S. 28, 102f., 2012, S. 39f.).

Eine hinreichende Analyse scheitert schon daran, dass niemand so recht weiß, dass Mehrwertprobleme Wirtschaftskrisen erzeugen und diese wiederum Finanzkrisen oder Schuldenblasen. Nicht umgekehrt: Finanzkrisen erzeugen nicht das Mehrwertproblem. Eine entscheidende Differenz, auf die schon Marx im *Kapital* aufmerksam macht (vgl. Witsch 2012, S. 138f.). Wir müssen allerdings genauer sagen, dass zu wenig Mehrwert Wirtschaftskrisen erzeugt (a.a.O., S. 205-208).

Bezogen auf den einzelnen Bürger heißt das: seine soziale Existenz hängt von seiner Mehrwertfähigkeit ab. Ohne sie gehört er aus der Perspektive des Kapitals, die sich Marx zufolge auf Dauer durchsetzt, auf den Müll.

Und weil seine Mehrwertfähigkeit immer weniger gegeben ist (ebd.), wird der Bürger mit Zinsen nahe null Prozent seiner Spareinlagen beraubt. Und um seine Enteignung noch zu beschleunigen, wird man irgendwann auf negative Zinsen und Bargeldverbot zurückgreifen. Davor haben Bürger untergründig Angst, ohne allerdings ursächliche Zusammenhänge zu durchschauen.³ Es werden aber Sündenböcke – Quasi-Ursachen – konstruiert (z.B. »...kriegt seinen Arsch nicht hoch«), die man verantwortlich macht.

Es werden, psychoanalytisch gesagt, Ängste oder schlechte Gefühle auf Objekte verschoben, um sich *problemlos* an ihnen abzureagieren (vgl. Witsch, 2013a, S. 29-38); nicht zuletzt um auf diese Weise die eigene Realitätstüchtigkeit zu befestigen, nicht fragil erscheinen zu lassen.

Das geschieht entweder brutal, indem man z.B. Flüchtlinge umbringt oder absaufen lässt, oder – ganz ohne Sündenbockphilosophie – humangefühlvoll, wie der Film *Margin Call* zeigt (vgl. Witsch, 2015a, S. 146-148): Dort sieht man den Investmentbanker Sam Rogers selbstvergessen und traurig in seinem Büro vor sich hin grübeln; sein Hund sei krank.

Während er trauert, braut sich etwas zusammen: seine Bank sitzt auf einem Haufen wertloser Wertpapiere, die sie, um sich zu retten, schnell loswerden muss. Die Welt steht vor einem Crash, von dem bis dahin keiner so recht etwas wissen will, aber wissen könnte. Auch Sam mag etwas spüren, ohne Genaueres wissen zu wollen. Deshalb leidet er unter »unsagbaren« Span-

³Das gilt auch für die DWN. Sie beschreiben Symptome sozialer und politischer Konflikte, ohne sie hinreichend in eine ganzheitliche Analyse eingehen zu lassen. Diese Verweigerungshaltung hat auch mentale Gründe, das Gefühlsleben betreffend (vgl. Witsch, 2013a, 2013b) – nicht im Sinne einer grundlegenden Ursache, sondern dass mentale Strukturen das herrschende ökonomische System, den Kapitalismus, befestigen bzw. exekutieren mit Hilfe konstruierter Gründe, die, Angelegenheit des Innenlebens, in der Vorstellung herumspucken, als dass sie *real* wären (lebt auf Kosten anderer, der Sozial-Parasit): »Menschen sollen mit guten Gründen im Müll landen«, die sie vielleicht sogar selbst, zumindest unbewusst, als *gut* anerkennen, nicht zuletzt »um das Gewissen der Besitzenden zu beruhigen« (Witsch, 2012, S. 12).

nungen, die nach einem Ventil der Trauer, einer Abreaktion suchen, wie gesagt, auch um Realitätstüchtigkeit zu bewahren: Sein todkranker Hund erlaubt ihm diese Abreaktion, und mit ihr – in einer Art Therapie – die Verbindung zu seiner Welt aufrechtzuerhalten, unsagbare Spannungen in sagbare Trauer zu verwandeln, die seine Welt, das, was er tagtäglich macht, Menschen bescheißen, unberührt lässt.

Das gelingt ihm, indem er negative, unakzeptable Gefühle, die zur Kritik nötigen könnten, auf eine akzeptable melancholische Stimmungslage verschiebt, die auf seinen Hund verweist, auf ein gleichsam systemneutrales Objekt, das seine äußere wie innere Welt nicht gleich in Schutt und Asche legt.

Sein offen zynischer Chef braucht eine solche Verschiebung seiner schlechten Gefühle nicht. Weil er sie nicht hat: Er bescheißt seine Kunden mit Lust. Anders als Sam, der seinen Job schweren Herzens betreibt, freilich ohne seine Kunden zu betrauern. Dafür hat er seinen todkranken Hund.

Auch solche mittelbaren Abreaktionen fördern soziale Konflikte, wenn auch eher untergründig. Das Untergründige führt dazu, dass Konflikte unverarbeitet bleiben, immer weiter schwelen, um sich irgendwann umso brutaler zu entladen. Man soll es nicht für möglich halten: aber die friedlichsten Menschen, siehe *Grüne* in den 80er Jahren, sind heute in der Lage, Kriege zu rechtfertigen, Grüne wie Claudia Roth. Und setzen sich nicht mit der These auseinander, dass die sozialen Konflikte im Kapitalismus vielleicht nicht auf humane Weise bewältigt werden können.

Entscheidend ist nicht die Frage, ob wir es in einer nicht kapitalistischen Gesellschaft schaffen, sondern dass wir es in einer kapitalistischen Gesellschaft sehr wahrscheinlich nicht schaffen werden. Allein das lässt es geraten erscheinen, ernsthaft zu fragen, ob wir überhaupt im richtigen Wirtschaftssystem leben.

Wahr ist, dass es diesbezüglich eine breite Verweigerungshaltung gibt, bei Neoliberalen ohnehin, aber auch unter Keynesianern oder Anti-Neoliberalen und schließlich, ganz traurig, unter Marxisten.

Gewöhnlich wird die Systemfrage so gestellt, als ginge es um alles oder nichts. Man verkennt, dass es bei der Systemfrage um technisch-ökonomische Änderungen geht, gar nicht mal allzu kompliziert.

Es geht nicht darum, das eigene Leben vollkommen umzukrempeln, sondern darum, dass die Kapitalverwertung offene oder versteckte Amoralität nicht unweigerlich in die sozialen Beziehungen hineinträgt (Witsch, 2009, S. 24). Um das zu vermeiden, muss die Systemfrage vermutlich primär gelöst werden, bevor wir daran denken, moralische Fragen zu lösen. Das schließt nicht aus, dass wir moralische Konflikte, z.B. zur Frauenemanzipation oder das Flüchtlingsproblem, im Kapitalismus diskutieren, freilich im Bewusstsein, dass sich soziale Konflikte sehr wahrscheinlich insgesamt verschärfen, wenn wir die Systemfrage nicht lösen. Fakt ist, dass die sozialen Konflikte z.B. trotz Frauen-Emanzipation zugenommen haben. Das spricht nicht gegen Frauen-Emanzipation, aber grundlegend dafür, dass wir mit Moral und gutem Willen allein die Verschärfung sozialer Konflikte nicht aufhalten. Wir müssen unabhängig von der Moral fragen, ob es im Kapita-

lismus einen *Wurm* gibt, der das Eintreten für eine gute oder bessere Moral zum Scheitern verurteilt.

Vergessen wir nicht: soziale Katastrophen ereilen Menschen unvorbereitet, selbst wenn sie im Vorfeld Gefahren spüren. Platzt die Finanzblase, könnte alles von heute auf morgen am Boden liegen. Oder man entschuldet den Staat auf Kosten des Bürgers mit Hilfe negativer Zinsen. Dazu später mehr. Die Frage bleibt, ob das sein muss, wenn sich ein prinzipieller Fehler im System einfach beheben lässt.

Umso merkwürdiger mutet es an, dass sich unsere Eliten so beharrlich weigern, die Systemfrage in ihre Analysen einzubeziehen. Daran hätte man schon während der Finanzkrise im Herbst 2008 denken können, ja müssen; die Zeit hat man verstreichen lassen. Heute ist die Schulden-Blase weitaus bedrohlicher. Und sie entpuppt sich nun viel klarer als Folge einer weltweiten Überproduktionskrise, bzw. mangelnder Mehrwertproduktion.

Dennoch arbeiten unsere Eliten mehr oder weniger bewusst darauf hin, eine zukünftige Krise in Gewalt-Exzessen enden zu lassen; obwohl es einfache Mittel gebe, die Krise hinauszuzögern, um sich Zeit für gründlichere Analysen zu verschaffen, z.B. Zeit zu gewinnen mit dem sogenannten Vollgeld-Konzept (vgl. Huber, 2014). Es schützt Giro-Konten: Die Banken dürften das Giro-Geld nicht mehr weiterverleihen. Somit wären die Bürger nicht erpressbar. Es entlastet allerdings nicht von einer substanzielleren Analyse. Es hat ausschließlich die Geld- oder Finanzsphäre im Auge, so dass es die Verelendung in der Produktion nicht zu stoppen vermag.

Schon Marx betonte im *Kapital*, dass Eingriffe in die Finanzsphäre das Mehrwertproblem nicht aus der Welt schaffen und damit soziale Konflikte nicht entschärfen. Das heißt nicht, dass die Geld- oder Finanzsphäre keine Rolle spielt. Im Gegenteil: Das Systemproblem besteht u.a. darin, dass sich Geld vermehren muss, egal wie, freilich, ganzheitlich gesehen, immer in Abhängigkeit vom Mehrwert, auch wenn es so scheint, als vermehre sich Geld aus sich selbst heraus.

Man soll es nicht für möglich halten, aber die meisten Ökonomen, insbesondere Anti-Neo-Liberale oder Keynesianer, denken so. Das erkennt man daran, dass sie es nicht merkwürdig finden, dass die Wirtschaft seit Ewigkeiten mit sehr niedrigen Zinsen lebt und wir sehr wahrscheinlich bald negative Zinsen sehen – die es in der EU übrigens jetzt schon in Form von Strafzinsen gibt, die Banken für Geld bezahlen müssen, das sie auf Konten bei der EZB parken (vgl. DWN 2016/03/10).

Beinahe gewiss ist: Ein Weg aus der Niedrigzinsfalle heraus wird es sehr wahrscheinlich nicht mehr geben – jedenfalls solange wie die Mehrwertchwäche wächst und durch wachsenden Sozialabbau – Vernichtung des Sozialstaats – nicht behoben wird. Natürlich – anstatt den Sozialstaat offen zu zerstören, zieht man es vor, die Enteignung des Bürgers, bzw. seine Verelendung durch negative Zinsen gleichsam automatisiert voranzutreiben und zwar in Verbindung mit einem so umfassenden wie problematischen Bargeldverbot (vgl. Telepolis, 2016/03/11).

Der Zwang des Geldes, sich zu vermehren, d.h. die zentrale Funktion des Kredits, bleibt davon unberührt: sie besteht darin, die Verwendung des Gel-

des primär an den Mehrwert und nicht an Bedürfnisse der Bürger zu binden; es sei denn, sie sind mehrwertfähig.

Mehrwertfähig ist der Bürger dann, wenn er in der Lage ist, für das Kapital mehr zu produzieren als er für sich braucht, um sich zu ernähren. Dass er sich ernährt, ist die Bedingung dafür, dass er Mehrwert produzieren kann. Mit anderen Worten: Kann er sich nicht ernähren, ist er für das Kapital nicht verwendbar.

Insbesondere in den entwickelten Industrie-Zentren erzeugen Bürger keinen Mehrwert (Witsch, 2012, S. 205ff.). Und gehören deshalb eigentlich in den Müll. Gleichwohl kann es dauern, bis sie dort landen; nämlich solange sie sich mit Hilfe von Billigproduktionen aus den Entwicklungsländern ernähren lassen. Dort produzieren Menschen im Menschen-Wegwerfmodus: Sie gehen zugrunde und sichern auf diese Weise nicht ihre, aber unsere Ernährung. Eine Absurdität, von Marx noch nicht bedacht, die meines Erachtens anzeigt, dass der Kapitalismus seinen Zenit überschritten hat, d.h. sich heute nicht mehr in sich stimmig zu reproduzieren vermag – flankiert durch wachsende Schulden, mit denen wir, frei nach Keynes, in wachsende Unsinn-Produktionen investieren, die den Bürger real nicht ernähren, aber geeignet sind, seine Mehrwertschwäche zu verschleiern und zeitgleich unsere Ernährungsgrundlagen zu zerstören.

Man kann sagen, der fehlende Mehrwert wird durch wachsende Schulden simuliert⁴, mit denen in Unsinn-Produktionen investiert wird, sodass der »real« mehrwertunfähige Bürger nicht gleich im Müll landen muss.

Unsinn-Investitionen in Rüstung und Kriege sind überdies ein so hilfloser wie menschenverachtender Versuch, das Mehrwertproblem zu entschärfen, auch indem man mit Hilfe von Kriegen versucht, Länder wie Libyen, Irak, Syrien, aber auch Russland in den Ausbeutungsvorgang zu (re-)integrieren.

Das geschieht in dem Maße gewalttätig, wie der Mehrwert mit Hilfe von wachsenden Schulden eigentlich immer weniger simulierbar ist, so dass es zu negativen Zinsen und Bargeldverbot kommen muss, um Bürger schnell und möglichst geräuschlos zu enteignen, freilich ohne dass dadurch die Mehrwertfähigkeit des Bürgers wieder hergestellt wird.

Das alles kann die Politik schon deshalb nicht interessieren, weil sie nicht weiß, was es mit dem Mehrwertproblem auf sich hat.

Nun mag die Mehrwertproduktion hoffnungslos daniederliegen. Das schließt nicht aus, dass viele Unternehmer mit Unsinn-Produktionen Riesengewinne machen; z.B. Banken, Rüstungsunternehmen, Atomindustrien, Unternehmen, die den Regenwald vernichten etc., überhaupt alle Produktionen, die zur Ernährung nicht nur nichts beitragen, sondern die Ernährungsgrundlagen sogar noch zerstören. Dafür generieren viele Unsinn-Produktionen immense Einkommen und Nachfrage; v.a. in sogenannten entwickelten Industrienationen, zehren aber extrem an der Mehrwert-Fähigkeit ihrer Bürger.

Diese Art der Produktion verdanken wir Keynes.⁵ So war das ab 1933 bei den Nazis. Man investierte massiv in Rüstung und zukünftige Kriege, und

⁴Ein Begriff, den Marx nicht kannte. Seine Theorie sah noch nicht vor, dass der Bürger in die Falle einer Mehrwert-Unfähigkeit geraten könnte, so dass die Politik gezwungen ist, den Mehrwert mit wachsenden Schulden zu simulieren, um den Sozialstaat zu retten.

weniger in die reale Ernährung. Schon damals mussten Staats-Schulden den Mehrwert simulieren, damit Einkommen und Nachfrage der Bürger und damit auch der Nazi-Sozialstaat nicht bis zu einem Punkt zurückgeführt werden mussten, ab dem die Mehrwertfähigkeit der Bürger wieder gegeben ist. Jedenfalls steht fest: Irgendwann und immer wieder fordert die Kapitalverwertung buchstäblich das Blut der Bürger – wie auch immer begründet und auf welche Weise auch immer.

Es ist so, dass die Kapitalverwertung Unsinn-Produktionen, v.a. Rüstung und dann natürlich auch Kriege, braucht, auch wenn diese auf Dauer nichts oder doch nur Zerstörung bringen. Dem kurzfristig auf Machterhalt bedachten Politiker ist das egal. Mir nicht. Ich bin ohne Macht und daher frei zu fragen, was man gegen das Systemproblem tun kann. Die Antwort lautet in aller Kürze: Die Mehrwertfähigkeit des Bürgers darf nicht das entscheidende Kriterium seiner Existenz sein. Kurzum: wir müssen den Mehrwert abschaffen. Denn: Mehrwert und Moral schließen sich aus.

Ich möchte im Hinblick auf eine Lösung des Systemproblems auf das Verhältnis von Geld und Mehrwert zurückkommen: Es besteht zentral darin, dass der Kredit die Verwendung des Geldes an den Mehrwert bindet und nicht an das Bedürfnis.⁶ Das macht das Geld zu einem *privaten Gut*. Die Lösung wäre: wir müssen das Geld zu einem öffentlichen Gut machen, zu dem es dann keinen privilegierten Zugang mehr geben dürfte (vgl. Deutschmann, 2003, 2008, Witsch, 2012, S. 19, 34).

Als öffentliches Gut gäbe es keine Wirtschaftskrisen, die ihrerseits Finanzkrisen und Kriege hervorbringen. Die Finanzmärkte verlören ihre destruktive Macht. Exorbitante Banken-Gewinne aus dem Nichts (die es tatsächlich nicht endlos gibt), mit Hilfe der Zentralbank gesteuert, gehörten der Vergangenheit an. Der Staat wäre auch nicht mehr gezwungen, mit Hilfe wachsender Schulden Wachstum zu erzeugen, damit der Sozialstaat nicht zugrunde geht. Und schließlich – ganz wichtig! – der militär-industrielle Komplex verlöre seine ökonomische wie politische Macht: wir wären auf seine Arbeitsplätze – eine Art Pyramidenbau (vgl. Anm. 5) – nicht mehr angewiesen.

Es ist übrigens überaus bemerkenswert, dass das von Keynes entwickelte deficit-spending-Konzept seine Wachstums-belebende Wirkung erst mit der Kriegswirtschaft der Nazis und später mit den Kriegsvorbereitungen der USA gegen Ende der 1930er Jahre entfaltete. Bis dahin dümpelte der von US-Präsident Roosevelt ins Leben gerufene *New Deal* nur dahin.

Vergleichbares erleben wir heute: Die sogenannten entwickelten Industrienationen zetteln immer mehr Kriege an, um Mehrwertschwächen zu verschleiern und produzieren dadurch immer mehr Flüchtlinge, die in die

⁵Keynes sagte, es sei »immer noch besser, Pyramiden zu bauen, als eine Arbeitslosigkeit zu dulden«. Link: <http://meilensteine.woergl.at/index.php/de/meilenstein/detail/257>.

⁶EZB-Chef Draghi glaubt inzwischen nicht mehr an seine Politik des billigen Geldes und stellt deshalb Überlegungen an, Geld zu drucken, um es Bürgern direkt zu geben; ein erster Schritt, die Verwendung des Geldes an das Bedürfnis zu binden (vgl. Telepolis, 2016/04/06).

EU, insbesondere nach Deutschland strömen und die sozialen Konflikte massiv verschärfen.

Man kann sagen: Keynes hat es dem Krieg zu verdanken, dass sich sein deficit-spending-Konzept, d.h. eines durch Staatsschulden generierten Wachstums durchgesetzt hat. Das ist auch der tiefere Grund, warum sich die Grünen in eine Partei der Kriegshetzer verwandelt haben (vgl. Fischer, 1999, WDR, 2014). Und es zeichnet sich schon länger ab, dass *Die Linke* die gleiche schäbige Entwicklung wie die Grünen durchmachen wird. Wir dürfen nicht vergessen: Kriege sind primär ökonomisch und moralisch nur insofern motiviert, als die Moral das ökonomisch Unvermeidliche, den Zwang zur Kapitalverwertung, exekutiert: Im Kapitalismus spielen Politiker zwangsläufig den Moralapostel, um – nicht unbedingt böseartig oder bewusst gewollt – ökonomische Motive zu verschleiern. Das hätten sie ohne den Mehrwert nicht nötig.

Das gilt auch für unsere Willkommens-Prediger: sie verschleiern mit ihrer Existenz, dass soziale Konflikte, so auch das Flüchtlingsproblem, primär ökonomisch, ich meine, sehr wahrscheinlich systembedingt durch den Kapitalismus verursacht sind.

Literatur

- Arbeit&Wirtschaft (2016/01/20). »Polen – der nächste Krisenfall für die Europäische Union«. <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/author/frankey/>.
- Bruder, K.-J., Bialluch, C. & Hein, J. (Hrsg.). (2016). Krieg um die Köpfe. Der Diskurs der Verantwortungübernahme – psychologische, sozialwissenschaftliche und medienkritische Betrachtungen. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Butterwegge, Christoph (2015). »Die neue Wohnungsnot. Nicht nur Flüchtlinge: Warum bald auch Einheimische in Zeltstädten leben könnten«. (Online Focus v. 08.10.2015) http://www.focus.de/politik/experten/butterwegge/die-neue-wohnungsnot-nicht-nur-fluechtlinge-warum-bald-auch-einheimische-in-zeltstaedten-leben-koennten_id_50_01172.html.
- Deutschmann, Christoph (2003). »Ende und Wiederkehr des Keynesianismus. Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik«. (Leviathan 3/03). In gekürzter Fassung in (FR, 2003/12/02). http://www.weltderarbeit.de/PDF_Dateien/Keynesianismus.pdf.
- Deutschmann, Christoph (2008). »Soziologie über Fetischisierung des Geldes: Geld erfüllt religiöse Funktionen«. TAZ (2008/10/13). <http://www.taz.de/!5174435/>
- DWN (2015/10/07). »Notruf einer mutigen Polizistin: Bericht aus dem rechtsfreien Raum«. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/10/07/notruf-einer-mutigen-polizistin-bericht-aus-dem-rechtsfreien-raum/>.
- DWN (2015/10/12). »Obama erklärt US-Kriege für gescheitert«. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/10/12/spektakulaere-wende-obama-erklaert-us-kriege-fuer-gescheitert/>
- DWN (2016/03/07). »Negativzinsen: Die EZB vor einem monumentalen politischen Fehler«. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/03/07/negativzinsen-die-ezb-vor-einem-monumentalen-politischen-fehler/>.
- DWN (2016/03/10). »Historisch: EZB senkt Leitzins erstmals auf null Prozent«. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/03/10/historisch-ezb-senkt-leitzins-erstmals-auf-null-prozent/>.
- DWN (2016/03/31). »Putin lockt IS in die Falle«. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/03/31/putin-lockt-is-in-die-falle-rueckzug-aus-syrien-war-kriegslist/>.

- DWN (2016/04/01). »Türkei schickt seit Wochen Flüchtlinge zurück nach Syrien«. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/04/01/tuerkei-schickt-seit-wochen-fluechtlinge-zurueck-nach-syrien/>.
- Fischer, Joschka (1999). Joschka Fischer auf dem Kosovo-Sonderparteitag in Bielefeld 1999. <https://www.youtube.com/watch?v=7jsKCOTM4Ms>
- Hassani, Angelika (2007). »Zwangsverheiratung und Gewalt gegen Frauen. Zur Debatte in muslimischen Organisationen«. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Forschungsreihe. Bd. 1. »Zwangsverheiratung in Deutschland«.
- Huber, Joseph (2014). »Vollgeld in der Kritik. Erläuterungen zum Vollgeld-Konzept anlässlich der Kritik aus verschiedenen ökonomischen Denkrichtungen«. <http://www.vollgeld.de/vollgeld-in-der-kritik>.
- RP-Online (2014/09/24). »Obama-Rede vor UN-Vollversammlung: ‚Die einzige Sprache, die diese Killer verstehen, ist Gewalt‘«. <http://www.rp-online.de/politik/ausland/obama-die-einzige-sprache-die-diese-killer-verstehen-ist-gewalt-aid-1.4550728>
- Tagesspiegel (2016/04/05). »Rechtsfreie Räume und No-Go-Areas. Die Angst vor dem anderen Berlin«. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/rechtsfreie-raeume-und-no-go-areas-henkel-mueller-und-die-angst-vor-dem-anderen-berlin/13406684.html>.
- Telepolis (2016/03/11). »Bargeld ist ja so was von Eighties ...«. <http://www.heise.de/tp/artikel/47/47656/1.html>.
- Telepolis (2016/04/06). »Letzter Ausweg Helikopter-Geld?«. <http://www.heise.de/tp/artikel/47/47873/1.html>.
- WDR (2014). »Deutschlands Weg in den Kosovo-Krieg. Es begann mit einer Lüge. Dokumentation über den ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach 1945«. <https://www.youtube.com/watch?v=ZtkQYRlXMNU>.
- Welt.de (2016/01/10). »Schulz warnt vor Putinisierung europäischer Politik«. <http://www.welt.de/politik/ausland/article150817210/Schulz-warnt-vor-Putinisierung-europaeischer-Politik.html>.
- Witsch, Franz (2009). »Die Politisierung des Bürgers. 1. Teil: Begriff der Teilhabe«. Norderstedt: BOD-Verlag (zit. n. d. Ausgabe von 2015).
- Witsch, Franz (2012). »Die Politisierung des Bürgers. 2. Teil: Mehrwert und Moral.« Norderstedt: BOD-Verlag.
- Witsch, Franz (2013a). »Die Politisierung des Bürgers. 3. Teil: Vom Gefühl zur Moral.« Norderstedt: BOD-Verlag.
- Witsch, Franz (2013b). »Die Politisierung des Bürgers. 4. Teil: Theorie der Gefühle.« Norderstedt: BOD-Verlag (zit. n. d. Ausgabe von 2015).
- Witsch, Franz (2015a). »Materialien zur Politisierung des Bürgers. Bd. 1: Ökonomische und moralische Voraussetzungen einer sozialverträglichen Gesellschaft.« Norderstedt: BOD-Verlag.
- Witsch, Franz (2015b). »Materialien zur Politisierung des Bürgers. Bd. 2: Kommunikation unter Verdacht.« Norderstedt: BOD-Verlag.
- Witsch, Franz (2015c). »Über den Begriff Kontextualisierung«. Link: film-und-politik.de/KTX.pdf.
- Witsch, Franz (2016). »Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen.« In Bruder, K.-J. (Hrsg.). (2016), S. 203-2014.
- Zeit.de (2016/03/30). »Steinmeier erinnert Türkei an europäische Werte«. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/satire-deutscher-botschafter-vorladung-tuerkei-recep-tayyip-erdogan-bundesregierung-reaktion>.